



DRINGLICHE INTERPELLATION

der Grossräte Grégoire Raboud, ADG (SPO-PS-VERTS-PCS), Jean-Henri Dumont, ADG (SPO-PS-VERTS-PCS), Raymond Borgeat, ADG (SPO-PS-VERTS-PCS), Camille Carron, ADG (SPO-PS-VERTS-PCS), und Mitunterzeichnenden betreffend Mindestlohn-Initiative: Wurden die Fristen eingehalten? (13.03.2012) 2.213

Begründung der Dringlichkeit

- Aktualität: Überschreitung der Frist für die Behandlung der Initiative
- Unvorhersehbarkeit: Nichteinhaltung der Frist von Seiten des Staatsrats
- Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme: Respektierung des demokratischen Prozesses und der Initianten

Die Volksinitiative «Für einen gesetzlichen Mindestlohn im Wallis» bezweckt, eine Arbeitsentschädigung zu gewährleisten, mit der mindestens die Lebenshaltungskosten (Kost, Logis, Versicherungen, Ausbildung) der Arbeitnehmer und derer Familien gedeckt werden können.

Die Initiative wurde am 26. August 2009 eingereicht. Gemäss Artikel 100 der Kantonsverfassung ist jede Volksinitiative innert drei Jahren nach deren Einreichung dem Volk zur Abstimmung zu unterbreiten. Das bedeutet, dass das Volk spätestens im August 2012 darüber abstimmen sollte. Diese Frist kann mittels Beschluss des Grossen Rates höchstens um ein Jahr verlängert werden. Dies erfordert eine parlamentarische Abstimmung vor dem Sommer 2012.

Der Staatsrat verfügte ab der Validierung der Initiative durch den Grossen Rat über ein Jahr Zeit, um diesem eine Botschaft und allfällige inhaltliche Vorschläge zu unterbreiten. Der Grosse Rat validierte die Initiative via Justizkommission am 29. Juni 2010. Der Staatsrat hat die gesetzliche Frist also bereits überschritten. Es gilt darauf hinzuweisen, dass die einjährige Frist um sechs Monate verlängert werden kann, falls der Staatsrat einen Gegenentwurf unterbreitet (Art. 117 GORBG).

Mit dieser Interpellation möchten wir Folgendes wissen:

- Inwiefern verfolgen die JUKO und die GPK das Dossier, um die Einhaltung der Verfassung zu gewährleisten?
- Was gedenkt der Staatsrat zu unternehmen, um die Initiative dem Volk fristgerecht zu unterbreiten?

Sitten, den 13. März 2012
(09.40 Uhr)

Grégoire Raboud, Grossrat,
ADG (SPO-PS-VERTS-PCS)
Jean-Henri Dumont, Grossrat,
ADG (SPO-PS-VERTS-PCS)
Raymond Borgeat, Grossrat,
ADG (SPO-PS-VERTS-PCS)
Camille Carron, Grossrat,
ADG (SPO-PS-VERTS-PCS)
und Mitunterzeichnende